UiD
CDU-Informationsdienst
Union in Deutschland
Bonn, den 22. April 1993
13/1993

## Bundeskanzler Helmut Kohl

# Militärisches Eingreifen bringt keine Lösung

**Die jüngste Entwicklung in Bosnien-Herzegowina hat erneut deutlich gemacht, daß die serbische Führung weiterhin entschlossen ist, mit militärischer Gewalt vollendete Tatsachen zu schaffen und alle Versuche zu unterlaufen, eine politische und friedliche Lösung für Bosnien-Herzegowina auszuhandeln.**

Die Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 17. April 1993, mit der die bestehenden Wirtschaftssanktionen gegen Serbien/Montenegro drastisch verschärft werden, findet daher meine volle Unterstützung.

Sie ist die angemessene Reaktion der Völkergemeinschaft auf das zynische serbische Vorgehen, Verhandlungsbereitschaft zur Lösung des Konflikts vorzutäuschen und gleichzeitig die militärische Eroberung fortzusetzen. Diese Doppelbödigkeit serbischer Politik ist durch die brutale Belagerung und Beschießung der moslemischen Stadt Srebrenica und weitere „ethnische Säuberungen" erneut unter Beweis gestellt worden.

Die weitreichende Verschärfung der Wirtschaftssanktionen gegen Serbien/Montenegro soll der Führung und Bevölkerung beider Länder vor Augen führen, daß Serbien für eine solche Politik mit wirtschaftlicher Verelendung und totaler politischer Isolierung zahlen muß.

Deshalb ist es jetzt auch an der Zeit, die Mitglied-

## HEUTE AKTUELL

● **Arbeitsmarkt**
**SPD-Vorschläge würden nur zu noch mehr Arbeitslosigkeit führen. Seite 4**

● **Sozialwahlen**
**Entscheiden Sie mit, wer Ihre Interessen in den „Sozial-Parlamenten" vertritt. Seite 5**

● **Umweltschutz**
**Kabinett beschließt neues Abfallgesetz. Seite 6—10**

● **Verkehrssicherheit**
**Gezielte Aufklärungsarbeit und strengere Vorschriften. Seite 12**

● **Dokumentation**
**Solidarpakt für Deutschland. Die Ergebnisse der Vereinbarung vom 13. März 1993. Grüner Teil**

## Entscheidung '94

**Zweite Ausgabe der Beilage, mit der die Bundesgeschäftsstelle auf das Superwahljahr 1994 vorbereitet. Schwerpunkt dieser Ausgabe: Telefon-Marketing.**

## Aufruf zum 1. Mai:

# Erst der Mensch, dann die Sache

**Mit dem Verfassungssatz „Die Würde des Menschen ist unantastbar" hat die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft der CDU zum 1. Mai auf die Gültigkeit des Verfassungsauftrages für alle Bereiche des Lebens hingewiesen:**

Der Mensch hat Vorfahrt vor allen anderen Werten, er darf im Wettbewerb um die Gewinnmaximierung nicht zurückstehen.

Die Soziale Marktwirtschaft hat sich — so heißt es in dem Aufruf weiter — als diejenige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung herausgestellt, die dem Menschen am nächsten steht: Sie ist der „dritte Weg" zwischen Kapitalismus und Sozialismus.

Daraus leitet sich ab: Die Wirtschaft ist kein Selbstzweck, sondern sie soll durch das Angebot von Gütern, Dienstleistungen und Arbeitsplätzen die materiellen Bedürfnisse der Menschen befriedigen.

Wichtigstes Anliegen der CDA beim Aufbau in den neuen Bundesländern: auch weiterhin eine aktive Arbeitsmarktpolitik auf hohem Niveau.

Im Solidarpakt sehen die Christlich-Demokratischen Arbeitnehmer den wichtigen Anfang einer neuen politischen Kultur, die die alten Rituale zwischen Regierung und Opposition, Bund und Ländern, Arbeitgebern und Gewerkschaften erübrigt.

Solidarpakt bedeutet für sie: Die starken gesellschaftlichen Kräfte ziehen an einem Strang und in die gleiche Richtung. Nur so läßt sich die innere Einheit Deutschlands und eine sozialstaatliche Europäische Gemeinschaft schaffen.

*(Fortsetzung von Seite 1)*

schaft von Serbien/Montenegro in allen internationalen Organisationen zu suspendieren.

Demgegenüber ist festzuhalten, daß ein umfassendes militärisches Eingreifen, wie es hier und da gefordert wird, eine Lösung des bereits durch die geschichtliche Entwicklung belasteten Konflikts im ehemaligen Jugoslawien nicht bringen kann. Insbesondere müßte angesichts der völlig unübersichtlichen Lage in Bosnien-Herzegowina ein hoher Blutzoll auf Seiten der dortigen Zivilbevölkerung wie auch auf Seiten der internationalen Streitkräfte befürchtet werden.

Wer darüber hinaus für die Teilnahme deutscher Soldaten an eventuellen Maßnahmen auf dem Boden des ehemaligen Jugoslawien plädiert, muß wissen, daß die Bundesregierung dem nicht zustimmen wird. Einer solchen Beteiligung deutscher Soldaten stünden nicht nur historische Gründe entgegen. Die Anwesenheit deutscher Streitkräfte würde von der serbischen Kriegspropaganda zu einer zusätzlichen Verschärfung der Lage genutzt werden und somit die internationalen Friedensbemühungen zusätzlich erschweren.

Die Völkergemeinschaft — dies zeigen alle meine Gespräche in den vergangenen Monaten — hat für diese deutsche Haltung volles Verständnis. ■

„Probleme mit der Wirklichkeit“:

# Engholm muß die ganze Wahrheit sagen

**Durch die Arbeit des Untersuchungsausschusses tritt die Kieler Schubladen-Affäre in ihre entscheidende Phase. Längst geht es nicht mehr vor allem um Jansen, Nilius oder die ominösen 40.000 Mark aus der sozial-karitativen Schublade. Es geht um Björn Engholm: um seine persönliche und politische Glaubwürdigkeit, um seine Fähigkeit zur politischen Verantwortung.**

Immer wieder muß Engholm frühere Aussagen korrigieren oder gar zurücknehmen. Immer wieder tauchen neue Ungereimtheiten und Widersprüche in den Aussagen Engholms auf. Wie 1987 kommt auch 1993 nur auf Druck der Öffentlichkeit nach und nach Licht ins Dunkel der Verstrickungen um den Kieler Ministerpräsidenten.

## Unwahrheit gesagt

Engholm hatte am 18. September 1987 verkündet, er wisse nichts von Kontakten zwischen Reiner Pfeiffer und der SPD. Vor Journalisten behauptete Engholm damals, es habe „weder im Landesvorstand noch im Fraktionsvorstand, noch sonstwo eine erkennbare Anlaufstelle für Herrn Pfeiffer“ gegeben. (Abschlußbericht des Kieler Untersuchungsausschusses, S. 187)

Neun Wochen später, am 26. November 1987, mußte Engholm vor dem Barschel-Untersuchungsausschuß eingestehen, daß diese Aussage nicht stimmte.

Am 7. September 1987, sechs Tage vor der Landtagswahl in Kiel, hatte es ein geheimes Treffen zwischen Nilius, Jansen und Pfeiffer gegeben, bei dem auch Engholms Rechtsanwalt Peter Schulz anwesend war. Bis heute behauptet Engholm, nichts von den damaligen Kontakten seiner Mitarbeiter und seines Anwalts Schulz gewußt zu haben. Eindeutige Auskunft darüber, ob Engholm von seinem Anwalt unterrichtet wurde, könnte nur Schulz geben. Das will Engholm aber offenbar verhindern.

Es bleibt die Frage: Was hat Engholm zu verbergen, daß er nur Fragen beantworten will, die nach seiner eigenen Lesart „legitimerweise“ an ihn gerichtet werden. Durch sein Beharren auf das „Zeugnisverweigerungsrecht“ seines Anwaltes nährt er Zweifel, daß er nicht die volle Wahrheit sagt.

## Führungsschwäche

Engholm selbst offenbarte in einem ZDF-Interview seine Probleme, einen Regierungsapparat politisch verantwortlich zu leiten. Auf die Frage: „Sie sagen, ein Chef kann nicht alles wissen, muß auch nicht alles wissen“, antwortete er: „Nein, er soll auch nicht alles wissen. (...) Bestimmte Dinge müssen woanders entweder abgehalten oder erledigt werden.“ (31. März 1993)

So agiert nur jemand, der sich vor der Verantwortung für unangenehme politische Entscheidungen drücken oder sie einfach nicht zur Kenntnis nehmen will. Die eigenen Beamten schätzen Björn Engholm als so wenig belastbar und so führungsschwach ein, daß sie ihm wichtige Informationen lieber verschweigen. Als Vorsitzender und Kanzlerkandidat der SPD ist Björn Engholm in jedem Fall untragbar geworden. ■

# SPD-Vorschläge führten nur zu noch mehr Arbeitslosigkeit

**Zu den arbeitsmarktpolitischen Thesen des wirtschaftspolitischen Sprechers der SPD-Fraktion, Uwe Jens, erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rainer Haungs:**

In einem Gespräch mit dem Handelsblatt vom 5. April 1993 offenbart der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD eine gravierende Fehleinschätzung der Gründe, die zu der derzeitigen Schwächephase der deutschen Wirtschaft und ihrer Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt geführt haben.

Dabei kann sich die SPD scheinbar nicht von ihr einmal liebgewonnenen Vorstellungen lösen, selbst wenn die vorgeschlagenen Instrumente nicht zur Bewältigung der aktuellen Fragen taugen.

Es ist ein Irrglaube anzunehmen, daß eine nachfrageorientierte Politik mit dem wirtschaftspolitischen Kern einer Nachfrageerhöhung über eine Ausweitung der staatlichen Kredite und eine steigende Belastung durch Steuererhöhungen zu einer Überwindung der Rezession beitragen könnte. Der Staat kann und soll die Wirtschaft nicht ersetzen. Er kann keine dauerhaften Arbeitsplätze schaffen, die von der Wirtschaft aus konjunkturellen Gründen nicht zur Verfügung gestellt werden.

Der Bundesregierung mit ihrer angebotsorientierten Politik ist es gelungen, in den vergangenen 10 Jahren über 3 Mio. neue Arbeitsplätze zu schaffen und somit den Beschäftigungsstand in den alten Ländern der Bundesrepublik auf einen historischen Höchststand zu bringen. Wenn dieses kein Beweis für die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges darstellt, was dann?

Uwe Jens irrt zudem, wenn er davon ausgeht, daß sich Deutschland derzeit in einer typischen Keynes-Situation befindet, die sich immer durch einen Mangel an Nachfrage auszeichne.

Genau das Gegenteil ist richtig. Bund, Länder und Gemeinden überfordern derzeit die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft mit ihrer Nachfrage im Bau- und Infrastrukturbereich. Das Problem der deutschen Wirtschaft zu Anfang des Jahres 1993 besteht also nicht in einem Mangel an Binnennachfrage, sondern in der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit vieler

**Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik führt auch in Zukunft zum Erfolg.**

unserer Produkte am Weltmarkt, verbunden mit einer derzeit schwachen Weltkonjunktur.

Deshalb sind die von der SPD vorgeschlagenen Maßnahmen, wie Zukunftsinvestitionsprogramme, Ausweitung der Kreditfinanzierungen und Steuererhöhungen keine geeigneten Mittel, die Probleme einer Volkswirtschaft, deren Zukunft von der außenwirtschaftlichen Stärke und den Exportchancen abhängt, zu lösen.

Die derzeitige konjunkturelle Schwächeperiode muß auch von den betroffenen Unternehmen als Chance verstanden werden, ihre Stärken und Schwächen zu analysieren und aus diesen Erkenntnissen

# Entscheiden Sie mit, wer Ihre Interessen in den „Sozial-Parlamenten" vertritt

**Am 2. Juni finden bundesweit Sozialwahlen statt. Per Brief werden bei den Krankenkassen sowie den Unfall- und Rentenversicherungsträgern die Vertreterversammlungen gewählt. Bei der Bundesknappschaft sind die Versichertenältesten neu zu wählen.**

Bernhard Worms, Bundesvorsitzender der Senioren-Union: Die Senioren-Union fordert alle Senioren auf, sich an diesen Wahlen zu beteiligen. Sie entscheiden damit, wer ihre Interessen in den „Sozial-Parlamenten" vertritt.

Über die „Parlamente" der Versicherten und der Arbeitgeber regeln die Beitragszahler die Angelegenheiten ihrer Sozialversicherung weitgehend selbständig. Die Vertreterversammlungen der Sozialversicherungen sind ein wichtiger Bestandteil unseres Sozialstaates. Hier werden die Interessengegensätze im Geiste der Sozialpartnerschaft ausgetragen und entschieden. Eine funktionsfähige und lebendige Selbstverwaltung ist auch Garant dafür, daß es keine Sozialpolitik am „grünen Tisch" gibt. Die Vertreter der Versicherten und der Arbeitgeber bringen ihre Erfahrungen in die Politik ein und sorgen so mit dafür, daß die Sozialpolitik immer in der Sichtnähe der Betroffenen bleibt.

Die Senioren-Union fordert die bei den Sozialwahlen kandidierenden Gruppen und Verbände auf, sich in geeigneter Weise bei den Versicherten vorzustellen und insbesondere ihre Positionen für die Rentner zu erläutern. Eine glaubwürdige Vertretung der Rentner verlangt außerdem, daß diese bei den Wahlvorschlägen entsprechend ihrem Anteil an den Versicherten berücksichtigt werden. Dies ist bei den Listen für die diesjährigen Wahlen nicht der Fall.

Für künftige Wahlen verlangt die Senioren-Union von den kandidierenden Gruppen eine Selbstverpflichtung im Sinne der Rentner.

eine wettbewerbsfähige Strategie zu erarbeiten. Nicht nur die Unternehmen, auch der Zukunftsstandort Deutschland muß sich einer solchen Bestandsaufnahme unterziehen lassen.

Zur Erklärung der Arbeitslosenzahlen muß man dabei jedoch nicht, wie von der SPD versucht, seine Zuflucht in Gründen und Hilfskonstruktionen suchen, die sicherlich nicht ganz falsch sind, die gegenwärtige Situation aber nicht hinreichend erklären.

Der Preis für Arbeit liegt in Deutschland im Vergleich zum Angebot auf dem Weltmarkt und besonders im Konkurrenzland USA um 30 Prozent höher. Das Verhältnis zu Japan wird hierbei bestimmt nicht besser ausfallen. Hieraus ergeben sich für den deutschen Arbeitsmarkt Ungleichgewichte, die im Endeffekt zu einer Abwanderung deutscher Unternehmen führen, falls sie nicht durch andere Faktoren ausgeglichen werden. Die Beispiele von BMW und Daimler Benz sollten uns allen eine Warnung sein.

Es steht deshalb zu befürchten, daß die von der SPD vorgeschlagenen Rezepte nur zu einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit führen werden, statt sie zu verringern. ■

## Kabinett beschließt neues Abfallgesetz

# Klaus Töpfer: Kreislaufwirtschaft statt Abfallbeseitigung

**Kreislaufwirtschaft statt Abfallbeseitigung — dies ist die Kernaussage des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes, das am 31. März vom Bundeskabinett beschlossen wurde. Dazu erklärte Bundesumweltminister Klaus Töpfer vor der Presse in Bonn:**

Dieses Gesetz steht in der Kontinuität des Abfallgesetzes von 1986 zur Abfallvermeidung und Verwertung — greift die Entwicklung in der Europäischen Gemeinschaft, der OECD und der UNO auf und setzt die Koalitionsvereinbarung um („Verantwortung des Produzenten und Konsumenten für den gesamten Lebenszyklus von Produkten"). Das Gesetz ist der zentrale Eckstein der Abfallwirtschaftskonzeption der Bundesregierung. Auf der Grundlage einer umfassenden Produktverantwortung soll die Kreislaufwirtschaft in der ökologischen und sozialen Marktwirtschaft verwirklicht werden.

Bereits im April 1991 habe ich zu Beginn dieser Legislaturperiode die weiteren Ecksteine der Kreislaufwirtschaft in Deutschland vorgestellt. Einige davon sind bereits verwirklicht, andere in der Erarbeitung.

## Kreislaufwirtschaftsgesetz

Ressourcenschonung und Vermeidung von Abfällen sind das oberste Gebot des neuen Gesetzes. Industrie, Handel und Verbraucher müssen künftig Rückstände weitestgehend vermeiden und unvermeindbare Rückstände verwerten, d. h. als Sekundärrohstoffe in den Wirtschaftskreislauf zurückführen. Dies hat Vorrang vor der Abfallentsorgung. Nichts soll zu Abfall werden, was noch als Sekundärrohstoff verwertet werden kann. Um dieses Ziel zu erreichen, setzt die Bundesregierung auf das marktwirtschaftliche Eigeninteresse und damit auf den Ideenreichtum und die Kreativität von Wirtschaft und Gesellschaft. Die Fortentwicklung der Abfallwirtschaft zur Kreislaufwirtschaft sichert dauerhaft den Industrie- und Wirtschaftsstandord Deutschland.

### Das neue Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz hat folgende Eckwerte:

- Das Gesetz erfaßt alle Rückstände, die bei Produktion und Konsum anfallen. Rückstand ist der Zentralbegriff des neuen Gesetzes. Unter Abfall werden künftig nur noch solche Rückstände verstanden, die nicht mehr als Sekundärrohstoff im Wirtschaftskreislauf verwertet werden können.
- Die umweltverträgliche Kreislaufwirtschaft hat sich an der Rangfolge „Vermeidung — stoffliche Verwertung — energetische Verwertung — Abfallbehandlung und Abfallentsorgung" auszurichten. Diese Rangfolge kann verändert werden, wenn beispielsweise eine stoffliche Verwertung technisch unmöglich, ökologisch unsinnig oder wirtschaftlich unzumutbar ist.
- Zur Förderung dieser umweltverträglichen Kreislaufwirtschaft sind insbesondere Stoffbilanzen aufzustellen (d. h.

Bilanz des Verbleibs der Rückstände: wie entwickeln sich Art und Menge der Gesamtrückstände — wo und wie werden sie als Sekundärrohstoffe verwertet —, wieviel Abfall ist übriggeblieben).

- Die Verwertungs- und Entsorgungsaufgaben können durch Verbände und Selbstverwaltungskörperschaften (Kammern, z. B. Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern) der Wirtschaft übernommen werden. Diese dürfen sich auch sach- und fachkundiger Spezialfirmen bedienen.
- Das Gesetz fordert Hersteller und Vertreiber zu neuer Produktverantwortung auf, damit umweltverträgliche Produkte entwickelt, produziert und Stoffkreisläufe geschlossen werden. Um diese Ziele durchzusetzen, wird die Bundesregierung ermächtigt, durch Rechtsverordnungen — wie bisher — Rückgabe- und Rücknahmepflichen einzuführen. Die Kosten dazu sollen sich im Preis der Produkte widerspiegeln.
- Das Gesetz unterstreicht die Verpflichtung, Abfälle innerhalb des Bundesgebietes zu entsorgen und sieht allenfalls eine Zusammenarbeit im grenznahen Bereich vor. Dagegen können Sekundärrohstoffe nach den Regelungen der UNO und der EG unter strengen internationalen Kontrollen auch weiterhin zur Wiederverwertung ins Ausland verbracht werden.

Das neue Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz aktiviert die Marktwirtschaft für den Umweltschutz. Es fordert die Eigeninitiative und Verantwortung der Rückstandserzeuger und -besitzer: Direkte Eingriffsmöglichkeiten durch den Staat (Verbote und Gebote) werden auf das notwendige Maß beschränkt. Insbesondere über Rücknahmepflichten der Hersteller und Vertreiber für Altprodukte sollen — beginnend bei der Produktentwicklung — die Demontage und Wiederverwertung zu einem zentralen Punkt der Kreislaufwirtschaft gemacht werden. Solche Rücknahmeverpflichtungen — korrespondierend Rückgabepflichten des Konsumenten — werden aufgrund einzelner Rechtsverordnungen vorgeschrieben, wenn sie nach entsprechender Abwägung ökonomisch und ökologisch sinnvoll erscheinen und von der Wirtschaft nicht bereits freiwillig durchgeführt werden. Ziel ist die möglichst weitgehende Privatisierung von Kreislaufwirtschaft und Abfallentsorgung nach einem ökonomisch sinnvollen Verursacherprinzip.

## Weitere Ecksteine der Kreislaufwirtschaft:

### Verpackungsverordnung

Die mit der Verpackungsverordnung erstmals geforderte umfassende Produktverantwortung der Wirtschaft ist angenommen worden. Die Entwicklung zeigt, daß Vermeidung und Verwertung von gebrauchten Verpackungen als neue Aufgaben akzeptiert werden. Bereits heute ist zu erkennen, daß die Verpackungsverordnung tiefgreifende Veränderungen im Bereich der Verpackungsindustrie bewirkt hat: Verpackungen wurden von praktisch allen Unternehmensbereichen auf den Prüfstand der Umweltverträglichkeit gestellt. Der Packmitteleinsatz wurde reduziert, Mehrwegverpackungen liegen im Trend, insbesondere konnte auch die rückläufige Tendenz der Getränkemehrweganteile wieder umgekehrt werden. Die Verordnung hat somit wesentliche Impulse zur Abfallvermeidung ausgelöst.

### Weitere Rücknahme-Verordnungen:

Die Kreislaufwirtschaft als wesentlicher Bestandteil der ökologischen und sozialen Marktwirtschaft wird weiter ausgebaut. Die neue Produktverantwortung muß auch auf andere wichtige Bereiche ausgedehnt werden, die schon bisher

erhebliche Probleme bei der Abfallbeseitigung verursachten. Entsprechende Verordnungsentwürfe von Batterien bis hin zum Altauto sind derzeit in Erarbeitung.

## Technische Anleitung (TA) Siedlungsabfall

Die TA Siedlungsabfall werde ich in wenigen Wochen mit den Änderungen des Bundesrates dem Kabinett zur endgültigen Verabschiedung vorlegen. Obwohl diese Veränderungen durch den Bundesrat keinesfalls zu einer Verbesserung der TA Siedlungsabfall geführt haben, werden wir sie akzeptieren. Auch diese Verwaltungsvorschrift geht von der Rangfolge „Abfallvermeidung — stoffliche Verwertung — Schadstoffentfrachtung — Abfallbehandlung — Deponie" aus. Während ich hier angegriffen werde, die Abfallverbrennung zu fördern, wird mir gleichzeitig beim Kreislaufwirtschaftgesetz vorgeworfen, daß ich der stofflichen Verwertung Vorrang einräume vor der energetischen Verwertung.

## Weitere bereits geltende Rechtsvorschriften

Im Bereich der Kreislaufwirtschaft gelten bereits die TA Sonderabfall, die Klärschlammverordnung, die Abfallverbrennungsverordnung ebenso wie das Investitionserleichterungsgesetz zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren.

## Rechtsvorschriften der EG

Mit dem heute von dem Kabinett beschlossenen Kreislaufwirtschaftsgesetz werden vor allem die EG-Richtlinien zur Abfallwirtschaft in nationales Recht umgesetzt. Unabhängig davon gilt ab Mai nächsten Jahres die EG-Abfallverbringungsverordnung. Der internationale Handel mit Sekundärrohstoffen wird dadurch erheblich eingeschränkt und muß intensiv überwacht werden. Gleichzeitig verpflichtet sie die EG-Staaten, Abfallautarkie innerhalb ihres Staatsgebiets anzustreben.

## Schlußbemerkung:

Der Schritt von der Abfallbeseitigung zu einer zukunftsorientierten Kreislaufwirtschaft ist ein integraler Bestandteil der ökologischen und sozialen Marktwirtschaft in der Industriegesellschaft. Dazu gehören Anforderungen zur Vermeidung und Verwertung von Rückständen ebenso wie strenge Anforderungen an eine verantwortbare Entsorgung der Restabfälle. Mit dem Aufbau einer solchen Entsorgungs-Infrastruktur wird der Industriestandort Deutschland auf Dauer gesichert. Zugleich wird dem illegalen Abfallhandel ein Riegel vorgeschoben.

## Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Um die „Werteerziehung in der Schule" geht es beim 1. Theologischen Gespräch des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen. Als fachkundige Referenten stehen der Staatssekretär im Thüringer Kultusministerium, Hermann Ströbel, der Direktor des Religionspädagogischen Zentrums der Thüringer Landeskirche, Wilhelm Epting, und der Vorsitzende der Thüringer Landeselternvertretung, Uwe Werner, zur Verfügung. Die Veranstaltung findet statt am

**Mittwoch, dem 12. Mai 1993, 19.00 Uhr, im Großen Gemeindesaal des Kreiskirchenamtes, in der Talstraße 30, O-6500 Gera.**

# Abschied von der Wegwerfgesellschaft

**Bei jedem Bundesbürger fällt jährlich eine halbe Gewichtstonne Müll an. Insgesamt werden in Deutschland Jahr für Jahr rund 40 Millionen Tonnen Abfall produziert.**

Zur Veranschaulichung: diese Menge auf Eisenbahnwagen verladen, ergäbe eine Zuglänge von der Bundesrepublik bis nach Australien. Allein der Müll aus den Haushalten Berlins reichte aus, um das Olympiastadion bis zum Rand zu füllen.

## Verantwortung des Herstellers

Die Fakten sprechen für sich. Es ist Zeit für eine Umkehr bei der Abfallpolitik. Folgerichtig hat die Bundesregierung das von der CDU/CSU-Fraktion unterstützte neue Abfallgesetz beschlossen. Mit dem Gesetz wird Abschied von der Wegwerfgesellschaft genommen. Hersteller und Vertreiber werden zur Produktverantwortung aufgefordert. Die Bedeutung einer umfassenden Verantwortung der Produzenten haben auch die Chemieunfälle der letzten Wochen „hoechst" nachdrücklich unterstrichen.

Der Unternehmer muß künftig schon bei der Herstellung seines Produkts vom Abfall her denken. Er weiß am besten, welche Stoffe bei der Produktion seiner Ware verwandt wurden. Und er kennt die Möglichkeiten, wie seine Produkte, z. B. ein ausgedienter Fernseher, weiterverwertet werden können.

Umweltfreundliche Herstellungsmethoden und Recyclingtechniken werden nur dann beschleunigt, wenn Rücknahme- und Weiterverwertungspflichten rechtlich festgeschrieben werden. Genau das leistet das neue Abfallgesetz.

## Vermeiden vor Verwerten

Auch Rückstände, die bei der Produktion anfallen, dürfen künftig nicht einfach als Abfall auf die Deponie gelangen. Vielmehr sollen sie wiederverwertet werden. Dies trifft beispielsweise auf Farbabfälle beim Lackieren von Autos, Maschinen und Haushaltsgeräten zu. Somit bildet das neue Gesetz den Grundstein für den Aufbau einer Kreislaufwirtschaft. Deren oberstes Gebot ist die Vermeidung von Abfällen.

## Erfolgreiche Verpackungsverordnung

Insgesamt macht das Kreislaufwirtschaftsgesetz die erfolgreiche Verpakkungsverordnung zum Vorbild der gesamten Abfallpolitik. Es sollen weitere Rückgabe- und Rücknahmepflichten eingeführt werden. Zur Erfüllung dieser Pflichten können sich die Hersteller einer Ware privater Entsorgungsfirmen nach dem Vorbild des „Dualen Systems" bedienen. Die Kosten hierfür sollen sich im Preis der Produkte widerspiegeln.

## Verbraucher vorbildlich

Die dargestellten Prinzipien haben bei der Verpackungsverordnung bereits spürbare Erfolge gezeigt. Bei einem Viertel der vor kurzem noch verpackten Produkte wird heute schon ganz auf Verpakkungen verzichtet. Und sogar 98 Prozent der Umverpackungen im Lebensmittelhandel sind ausgemustert worden. Schon

im Jahr 1992 konnten dadurch die Mülldeponien um 10 bis 15 Prozent entlastet werden. Zu diesem Erfolg haben in ganz erheblichem Maße die Verbraucher beigetragen.

## Weitere Rücknahmepflichten

Die neue Produktverantwortung der Hersteller muß nach dem Vorbild der Verpackungsverordnung auch auf andere wichtige Bereiche ausgedehnt werden. Diese bereiten schon bisher erhebliche Probleme bei der Abfallbeseitigung. Daher laufen derzeit die Vorbereitungen von Rücknahmeverpflichtungen für:

- Altautos
- Elektronikschrott
- Druckerzeugnisse
- Altbatterien
- Bauschutt.

## Abfallexport verhindern

Schließlich wird mit dem neuen Gesetz dem Abfallexport ein Riegel vorgeschoben. Anders als in der Vergangenheit können dann Produktionsrückstände nicht einfach zu Wirtschaftsgütern erklärt und ins Ausland gebracht werden.

## Wirtschaft muß einlenken

Angesichts der Berge von Umweltschmutz darf es bei uns keinen Stillstand im Umweltschutz geben. Daher ist auch die Wirtschaft aufgefordert, ihren Widerstand gegen das Kreislaufwirtschaftsgesetz aufzugeben. Das neue Abfallrecht baut auf einen marktwirtschaftlichen Ansatz, nicht auf Verbote oder Nachteile für den Verbraucher. Ein richtiges Zeichen zur richtigen Zeit!

# Im deutschen Osten wird 1993 kräftig investiert

**Private Unternehmen werden auch in diesem Jahr in den neuen Bundesländern kräftig investieren, eine durchgreifende wirtschaftliche Wende ist jedoch zunächst noch nicht zu sehen. Davon gehen der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) sowie das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung aus.**

Nach einer Konjunkturumfrage des DIHT bei ostdeutschen Kammern werden 1993 rund 70 Milliarden im deutschen Osten investiert, wovon etwa 19 Milliarden DM auf westdeutsche Firmen entfallen. Von den befragten Industrieunternehmen und Dienstleistern rechnen rund 40 Prozent mit höheren Investitionen als 1992. Erhebliche Schwierigkeiten treten nach der Umfrage bei der Vergabe öffentlicher Aufträge an ostdeutsche Unternehmen auf. Vorrangig würden zu kurze Angebotsfristen beklagt. Außerdem profitierten ostdeutsche Firmen zu wenig von Vergabeerleichterungen zugunsten der neuen Länder. Eine nahezu unüberwindbare Hürde für ostdeutsche Bewerber sei die Praxis einiger Auftraggeber, die Auftragsvergabe an den Nachweis einer dreijährigen Berufserfahrung zu binden.

Der industrielle Mittelstand beginnt sich nach Einschätzung des DIHT zu formieren. Knapp 17.000 Industrieunternehmen seien mittlerweile in das Handelsregister eingetragen. Innerhalb des letzten Jahres seien 6.000 hinzugekommen, worin die Privatisierungserfolge der Treuhand zum Ausdruck kämen.

# Grundsatzprogramm-Kongreß am 25./26. Juni 1993 in Bonn

**Nachdem der Grundsatzprogramm-Entwurf in Breite innerhalb der Gliederungen der Union erörtert wird, wollen wir nochmals den „Fahrplan" zur Grundsatzprogrammdiskussion in Erinnerung rufen; bitte notieren Sie die Termine und berücksichtigen Sie die Termine und Fristen bei Ihrer weiteren Planung.**

1. Bis zum 15. September 1993 findet das offene Diskussionsverfahren statt, d. h. jeder Kreis- und Landesverband, die Bundesvereinigungen, aber auch jedes einzelne Parteimitglied können Verbesserungs- und Ergänzungsvorschläge, Kritik und Anregungen zum vorliegenden Programmentwurf an die Bundesgeschäftsstelle senden. Ferner laden wir auch die interessierte Öffentlichkeit und externe Fachleute ein, sich an dieser Diskussion zu beteiligen. Die diesbezüglichen Anregungen sollten allgemeinerer Natur sein, brauchen also noch keine dataillierten Formulierungsvorschläge zu enthalten.

2. Den Höhepunkt dieser ersten Diskussionsphase bildet der Grundsatzprogramm-Kongreß am 25./26. Juni 1993 in Bonn. Auf diesem Kongreß wollen wir die parteiinterne Diskussion bündeln und Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft hören.

3. Nach Sichtung und Bearbeitung der eingegangenen Diskussionsbeiträge wird der Bundesvorstand einen Antrag für den Programmparteitag im Februar 1994 erarbeiten. Ab November dieses Jahres wird dieser Antrag von den antragsberechtigten Gliederungen diskutiert werden können.

4. Auf der Grundlage des Antrages des Bundesvorstandes können Änderungsanträge bis zum 24. Januar 1994 (Antragsschluß) eingereicht werden.

5. Vom 20. bis 24. Februar 1994 findet der 5. Parteitag in Hamburg statt, der das neue Grundsatzprogramm der CDU beraten und beschließen wird.

# Grundsatzprogrammkommission der Niedersachsen-CDU nimmt Arbeit auf

**Unter Leitung des Bundestagsabgeordneten Herbert Lattmann hat in Hannover eine Grundsatzkommission der Niedersachsen-CDU ihre Arbeit aufgenommen.**

Die 19 Mitglieder umfassende, vom Landesvorstand eingesetzte Kommission hat die Aufgabe, unter Bezugnahme auf den von der Bundes-CDU entwickelten Programmentwurf die grundsätzlichen Zielperspektiven der CDU zu erörtern.

Die gesellschaftliche Umbruchsituation mit ihren „völlig neuen Herausforderungen", so Kommissionsvorsitzender Lattmann, gebietet das neue Durchdenken von politischen Lösungen und Handlungskonzepten.

An der ersten Sitzung nahm auch CDU-Landeschef Josef Stock teil.

# Gezielte Aufklärungsarbeit und strengere Vorschriften

**Zu den neuen Vorschriften im Straßenverkehr erklärten der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer, und der Experte für Verkehrssicherheitsfragen, Wolfgang Börnsen:**

Statistisch gesehen, krachte es 1992 auf deutschen Straßen insgesamt alle 13 Sekunden. Von diesem traurigen Rekord müssen wir herunter. Hauptübel ist menschliches Fehlverhalten. Diesem wird zweifach begegnet: Einerseits mit gezielter Aufklärungsarbeit und andererseits mit strengeren Vorschriften. Neu ist ab 1. April 1993:

## Geschwindigkeitsüberschreitungen

Geschwindigkeitsüberschreitungen werden künftig rigoroser als bisher geahndet. Fahrverbot von mindestens einem Monat droht, wenn die Höchstgeschwindigkeit innerorts um mehr als 31 km/h und außerorts um 41 km/h überschritten wird. Die Verwarnungs- und Bußgelder beziehen sich auf folgenlose Verstöße. Kommt es dabei jedoch zu einer Behinderung oder Gefährdung anderer Verkehrsteilnehmer, wird es deutlich teurer.

## Neue Abbiegeregeln

Linksabbieger müssen künftig voreinander abbiegen und dürfen sich nicht gegenseitig behindern. Bei Verstößen wird ein Verwarnungsgeld von 40 DM fällig. Die Strafe verdoppelt sich, wenn beim falschen Abbiegen andere gefährdet werden. Wer abbiegt, ohne zu blinken, riskiert ein Bußgeld von 20 DM.

## Vorrang für Fußgänger

Wer an Zebrastreifen, Ampeln oder beim Ein- und Ausparken keine Rücksicht auf Fußgänger nimmt, zahlt 100 DM. Wer Fußgänger in verkehrsberuhigten Zonen gefährdet, zahlt 80 DM und bekommt 1 Punkt in der Flensburger Sünder-Kartei. Bei Gefährdung von Menschen in autofreien Zonen werden ein Bußgeld von 100 DM und 4 Punkte fällig.

## Parken

Das Parken bei abgelaufener Parkuhr wird deutlich teurer. Parken in einer Feuerwehrzufahrt kostet nun 75 DM, auf Behindertenparkplätzen 40 DM. Fahrer, die auf oder nahe von Straßenbahnenschienen halten, zahlen 40 DM. Behindert ein parkendes Auto den Schienenverkehr, kostet es 60 DM. Wer auf Bürgersteigen oder in Zonen parkt, die Fußgängern vorbehalten sind, muß bis zu 75 DM bezahlen.

## Nebel

Bei Nebel oder Schneetreiben muß die Geschwindigkeit den Sichtverhältnissen angepaßt sein. Dazu folgende Regel: Bei Sichtweiten unter 50 m gilt Tempo 50 auch auf der Autobahn.

## Überfahren einer roten Ampel

Das Überfahren des Rotlichtsignals kostet 100 DM und 3 Punkte. Werden dabei andere Verkehrsteilnehmer gefähr-

## JU schlägt Aktionen zum Europatag vor

**Der 5. Mai ist Europatag: eine Möglichkeit für die Junge Union, auf unsere Beschlüsse, Vorstellungen und Ideen in diesem Zusammenhang hinzuweisen.**

Nachdem im Februar die neue Werbe- und Infolinie „Wir sind das junge Europa" des JU-Bundesverbandes vorgestellt worden ist, informieren wir jetzt mit einem Aktionsleitfaden über Möglichkeiten für konkrete Aktionen zum Europatag.

Rahmenflugblätter, Musterpresseerklärung und weitere Europamaterialien sind in der Bundesgeschäftsstelle der Jungen Union erhältlich:

Annaberger Str. 283, 5300 Bonn 2, Telefon: (02 28) 31 00 11, Fax: (02 28) 38 45 20.

## Deutschlandtag im Oktober

Der diesjährige Deutschlandtag der Jungen Union findet vom 29. bis 31. Oktober in Bochum statt. Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundesfinanzminister Theo Waigel haben sich bereits angesagt. Thema wird sein: „Wirtschaftspolitik/Standort Deutschland".

det, sind 250 DM und 1 Monat Fahrverbot fällig. Leuchtet das Stopplicht beim überfahren schon länger als 1 Sekunde, sind 400 DM statt bisher 200 DM fällig. Außerdem wird der Führerschein für 1 Monat eingezogen.

## Kindersicherheit

Kinder unter 12 Jahren und kleiner als 1,5 m dürfen auf den Vorder- wie den Rücksitzen nur noch mitgenommen werden, wenn sie in einem speziellen Kindersitz gesichert sind. Die Sitze müssen nach der entsprechenden ECE-Norm gebaut, geprüft und gekennzeichnet sein. Wer diese Vorschrift mißachtet, zahlt ein Verwarnungsgeld von 40 DM.

## Alkohol am Steuer

Seit Januar 1993 gilt auch in den neuen Bundesländern die 0,8-Promille-Grenze. Wer mehr Alkohol im Blut hat, kommt mit einem einmonatigen Fahrverbot, 4 Punkten und 500 DM davon. Wiederholungstäter müssen mit 3 Monaten Fahrverbot und 1000 DM Strafe rechnen. Weist die Blutprobe mehr als 1,1 Promille auf, wird die Fahrerlaubnis mindestens 6 Monate entzogen.

## Zu geringer Abstand auf der Autobahn

Die Regel lautet: Halber Tacho-Abstand zum Vordermann (50 m bei 100 km/h). Ein Fahrverbot und 200 DM Bußgeld drohen, wenn der Abstand kleiner als ein Zehntel des Tempos ist (12 m bei 120 km/h).

## Falsches Überholen

Bei einem Spurwechsel im Überholverbot werden bis zu 250 DM fällig. Wird ein anderer Verkehrsteilnehmer gefährdet oder geschädigt, droht mindestens 1 Monat Fahrverbot. Wer notorische Linksfahrer rechts überholt, muß mit 100 DM Buße und 1 Monat Führerscheinverzicht rechnen. Das Vorbeifahren bei stockendem Verkehr ist jedoch weiterhin erlaubt. ■

## Aktionsbeispiele aus den CDU-Verbänden

# Info-Tour durch Mecklenburg-Vorpommern

**Von Hagenow bis Schwerin, 10 Tage quer durch das Land Mecklenburg-Vorpommern, unternahmen Mitglieder der Frauen-Union des Landesverbandes eine erfolgreiche Info-Tour.**

Mit einem Kleinbus ausgerüstet und mit aktuellem Informationsmaterial bepackt, stellten sich die CDU-Frauen den Fragen der Bürger und Bürgerinnen vor Ort. Prominente Teilnehmerin war Bundesministerin Angela Merkel. Neben speziellen Frauenfragen standen auch allgemeine politische Themen im Mittelpunkt der Tourgespräche.

Mit einer Stammbesatzung von zwei Personen wurden insgesamt 2.700 Kilometer mit dem Kleinbus zurückgelegt. Die Vorsitzende des Landesverbandes der Frauen-Union, Astrid Pötzsch wertete diesen Versuch mobiler Parteiarbeit vor Ort sehr positiv anhand der Gesprächsergebnisse und den guten Teilnehmerzahlen bei über 20 Einzelveranstaltungen.

**Das Foto zeigt Frau Bundesministerin Angela Merkel (links) in Loitz, Kreisverband Demmin, im Gespräch mit Bürgerinnen.**

## Jüngster CDU-Vorsitzender erst 20 Jahre alt

Wir haben uns im UiD 11/93 vom 1. April geirrt, und auch die Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf wußte es nicht besser: Nicht Thorsten Alsleben mit 21 Jahren ist der „zumindest in Nordrhein-Westfalen und wahrscheinlich im ganzen Bundesgebiet jüngste CDU-Vorsitzende", sondern mit 20 Jahren der Vorsitzende der CDU Hohenhausen des Gemeindeverbands Kalletal, **Christian Jostes.** Er wurde am 15. März einstimmig von der Mitgliederversammlung gewählt.

## JU-Frauen-Seminar

Um den Abbau von Benachteiligungen von Frauen in den neuen Bundesländern und um Fragen sexueller Gewalt gegen Frauen geht es bei dem Frauen-Forum mit Bundesministerin Angela Merkel, zu dem die Junge Union einlädt. — Die Veranstaltung findet am 7. und 8. Mai in der Karl-Arnold-Bildungsstätte statt, Venner Straße 55, 5300 Bonn 2, Tel. (0228) 382070. — Weitere Auskünfte: Junge Union Deutschlands, Annaberger Straße 283, 5300 Bonn 2, Tel. (0228) 310011, Fax (0228) 384520.

# Wichtige Aufgabe im vereinten Europa für Adolf Herkenrath

**Adolf Herkenrath ist am letzten Wochenende einstimmig zum Präsidenten der Europäischen Kommunal- und Regionalpolitischen Vereinigung (EKRPV) gewählt worden.**

In der EKRPV haben sich europäische Kommunalpolitiker zusammengeschlossen, um die Stellung der Städte, Gemeinden und Kreise in ganz Europa zu stärken und zu fördern. An der Gründungsversammlung in Brüssel nahmen Vertreter von 13 europäischen Staaten teil, neben Deutschland: Luxemburg, Niederlande, Österreich, Frankreich, Griechenland, Ungarn, Schweden, Spanien, Polen, Belgien, Italien und die Schweiz.

Herkenrath, der übrigens der erste christlich-demokratische Sprecher für Fragen der Kommunalpolitik in Europa ist, war 25 Jahre Bürgermeister der Stadt Siegburg, ist Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und wird Ende April sein Amt als Hauptgeschäftsführer der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) an Theo Blank als seinen Nachfolger abgeben.

Adolf Herkenrath: „Einen einheitlichen kommunalpolitischen Verband hat es in Europa noch nicht gegeben. Wir halten

zusammen, doch was wir erreichen, hängt jetzt von uns selber ab. Wir müssen unseren Verband — wie das seit vielen Jahren in den verschiedenen Ländern auf kommunaler Ebene der Christdemokraten praktiziert wird — mit Leben erfüllen. Wichtig ist, daß sich kommunale und regionale Politiker engagieren und die Möglichkeit haben, rückzukoppeln an die einzelnen Länder Europas. Der Tendenz zum Zentralismus in Europa muß Einhalt geboten werden. Wir wollen das Europa für unsere Bürger und starke Städte, Gemeinden und Kreise."

**Die EKRPV hat das Ziel,** die Grundgedanken der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD) und der Europäischen Volkspartei (EVP) zu unterstützen und zu verbreiten. Zusammenfassend sind die Aufgaben und Ziele der EKRPV Verteidigung und Stärkung der kommunalen und regionalen Selbstverwaltung als Bedingung einer auf Freiheit gegründeten Gemeinschaft — Stärkung der Mittel zur Teilnahme der Bürger im Leben ihrer Gemeinschaften — Übertragung der Befugnisse von der zentralen Stelle auf die lokalen und regionalen Ebenen — Ausbau und Pflege von Partnerschaft zwischen den Gemeinden des freien Europas zur Schaffung eines europäischen Bewußtseins für die politische und demokratische Einigung Europas.

# Landesparteitag bestätigt Manfred Carstens

**Mit 219 von 245 Stimmen hat der Landesparteitag der CDU Oldenburg am 17. April in Vechta den bisherigen Landesvorsitzenden und Parlamentarischen Staatssekretär Manfred Carstens erneut zu seinem Vorsitzenden gewählt. Carstens ist seit 1985 Vorsitzender des selbständigen Landesverbandes Oldenburg.**

Als Stellvertreter bestätigte der Parteitag Erich Maaß, MdB, aus Wilhelmshaven und Lutz Stratmann als Vertreter der Jungen Union. Neu als Stellvertreter wurde der stellvertretende Landrat aus dem Kreis Vechta, Friedhelm Biestmann, gewählt. Schatzmeister blieb der Oldenburger Landtagsabgeordnete Josef Dierkes.

Manfred Carstens zu den Delegierten: „Wir leben in der CDU vom Einsatz aller. Sei es als Mitglied, Abgeordneter oder Vorstandsmitglied. Wenn jeder seine Pflicht tut, werden wir Erfolg haben. Wir werden als selbstbewußte Partei in den nächsten Monaten unsere Leistungen und unser Programm zur Diskussion stellen. Mit Helmut Kohl in Bonn und Christian Wulff in Hannover und einer kämpfenden CDU im Oldenburger Land werden wir bestehen und die Wahlen 1994 gewinnen."

Noch vor keiner Wahl seit 1983 sei die Ausgangslage besser gewesen. Es komme nicht auf Zwischenergebnisse an, sondern darauf, wem der Wähler die Verantwortung anvertrauen wolle.

Carstens zweifelte daran, daß Engholm der Spitzenkandidat der SPD bei der nächsten Bundestagswahl sei. Gerhard Schröder habe sich in den drei Jahren rot-grüner Politik in Niedersachsen so viele Beulen geholt, daß er „politisch vom grünen Rumpelstilzchen Trittin" nicht mehr zu unterscheiden sei. ■

## Theologisches Gespräch des EAK Thüringen

Es ist dies schon immer ein Angebot für „Einsteiger" in die Kommunalpolitik gewesen. Aber auch von erfahrenen Mandatsträgern ist oft bestätigt worden, vom Besuch dieser Veranstaltungsreihe auf vielfältige Weise profitiert zu haben.

Der Titel:

**Das kommunalpolitische Seminar**

Die Stufen im einzelnen:

- Politik in der Gemeinde — Eine Einführung (Grundstudien)
- Haushalt und Finanzen (Aufbaustudien I)
- Zukunftsaufgaben für Planen und Bauen (Aufbaustudien II)
- Politik will verkauft sein (Hauptstudien).

Die nächsten Termine von Grundstudien:

- 9. bis 14.8.1993
- 17. bis 22.10.1993
- 5. 10. bis 10.12.1993.

Die Veranstaltungen finden in Schloß Eichholz bei Bonn statt.

Weitere Informationen/Anmeldungen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung**
**Arbeitsbereich Politische Bildung**
**Bildungszentrum Schloß Eichholz**
**Postfach 1331, W-5047 Wesseling**

# Brandenburger CDU-Kreisverbände schlossen sich zusammen

**Nachdem der Landtag im März mit der Verabschiedung des Gesetzes zur kommunalen Neugliederung die Grundlage geschaffen hatte, bildeten sich im Landesverband Brandenburg 16 neue Kreisverbände (bisher 40).**

Dieses sehr aufwendige organisatorische Verfahren war bei der CDU-Landesgeschäftsstelle bereits im Vorfeld der Gesetzesdiskussion sorgfältig vorbereitet worden. Dank der vertrauensvollen Zusammenarbeit aller Beteiligten gelangen die Zusammenschlüsse in verhältnismäßig kurzer Zeit.

Die Gründungsparteitage wurden ausschließlich als Kreismitgliederversammlungen durchgeführt. Dabei konnte eine rege Mitgliederbeteiligung festgestellt werden. Insgesamt nahmen an den 16 Kreismitgliederversammlungen ein Drittel aller Brandenburger CDU-Mitglieder teil. Die Parteitage wurden immer von einem Mitglied des geschäftsführenden CDU-Landesvorstandes geleitet.

Mit der Zusammenlegung der Kreisverbände schaffte der Landesverband Brandenburg die organisatorische Grundlage für die frühzeitige Vorbereitung der Kommunalwahl im Dezember dieses Jahres.

## Personalie

Neuer Pressesprecher der CSU-Landesgruppe ist **Dr. Armin Kössler.** Der gelernte Journalist und Diplomat war zuletzt als stellvertretender Pressesprecher an der Deutschen Botschaft in Washington tätig. Kössler übernimmt die CSU-Pressestelle von Dr. Manfred Schubert, der diese bislang kommissarisch geleitet hat.

| Bisherige Kreisverbände | Neuer Kreisverb. (LV/KV-Nr.) | |
|---|---|---|
| Bad Liebenwerda, Herzberg, Finsterwalde | Elbe-Elster | (5202) |
| Calau, Senftenberg | Oberspreewald-Lausitz | (5214) |
| Cottbus-Land, Forst, Spremberg | Spree-Neiße | (5205) |
| Luckenwalde, Jüterbog, Zossen | Teltow-Fläming | (5256) |
| Königs Wusterhausen, Luckau, Lübben | Spreewald-Dahme-Kreis | (5246) |
| Beeskow, Eisenhüttenstadt, Fürstenwalde | Oder-Spree | (5229) |
| Belzig, Brandenburg, Potsdam | Potsdam-Mittelmark | (5252) |
| Nauen, Rathenow | Havelland | (5254) |
| Bad Freienwalde, Seelow, Strausberg | Märkisch-Oderland | (5232) |
| Perleberg, Pritzwalk | Prignitz | (5257) |
| Kyritz, Neuruppin, Wittstock | Ostprignitz-Ruppin | (5255) |
| Gransee, Oranienburg | Oberhavel | (5251) |
| Bernau, Eberswalde | Barnim | (5225) |
| Angermünde/Schwedt, Templin, Prenzlau | Uckermark | (5234) |
| Cottbus-Stadt | Cottbus | (5204) |
| Frankfurt/Oder | Frankfurt/Oder | (5228) |

Die Zuordnung des Kreisverbandes Guben ist noch offen.

# Grundsatzprogramm als Zeitungsdruck

CDU

Diskussionsentwurf

## Im Gespräch: Ein neues Grundsatzprogramm

1 Unsere Welt befindet sich in einem tiefgreifenden Umbruch. Mit dem Zusammenbruch des Sozialismus und dem Ende der Spaltung Europas sind wir in eine neue Epoche der Geschichte eingetreten. Für mehr Menschen als je zuvor sind Freiheit und Frieden, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie möglich. Wir sind auf dem Weg zur Vollendung der europäischen Einheit und zum Aufbau einer Friedensordnung für ganz Europa.

(2) Wir Deutschen sind dankbar und stolz, nach der Wiedervereinigung Deutschlands unsere Zukunft in Freiheit gemeinsam gestalten zu können. Wir dürfen gleichwohl unsere Augen nicht vor den Problemen verschließen, die ein friedliches und humanes Zusammenleben der Menschen auf der Erde gefährden. Wir Christliche Demokraten stellen uns den drängenden Fragen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert:

(3) ● Werden wir die innere Einheit unseres Vaterlandes in Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit vollenden und zur Erneuerung unserer Gesellschaft nutzen, oder werden Interessen gegen Interessen stehen und das Zusammenwachsen Deutschlands behindern?

(4) ● Werden wir das Gemeinwohl und die Wertgrundlagen unserer Demokratie stärken, oder werden Verantwortung und Toleranz von einem ungezügelten Egoismus verdrängt werden?

(5) ● Werden wir die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft und unseres Sozialstaats bewahren und fördern, oder werden Bequemlichkeit und Besitzstandenken unser Handeln bestimmen?

(6) ● Werden wir gemeinsam mit unseren Nachbarn und Partnern die Europäische Union vollenden und dazu beitragen, daß in ganz Europa Frieden und Freiheit herrschen, oder werden neue Nationalismen die Weichenstellungen dafür verhindern, oder wird der Ausgleich zwischen Mensch und Natur scheitern?

(7) ● Werden wir unseren Beitrag dazu leisten, die Kluft zwischen Arm und Reich in der Welt abzubauen und Frieden, Demokratie und Gerechtigkeit in der Welt zu fördern, oder werden sich die reichen Staaten hinter nationalen Aufgaben und Problemen verstecken?

(8) ● Werden wir unser Handeln auf die Bewahrung der Schöpfung ausrichten und die notwendigen Verwirklichung dieses großen Zieles verhindern?

(9) Wir werden die Herausforderungen unserer Zeit bestehen. Wir keine andere Partei hat die CDU Deutschlands die Entwicklung unserer Demokratie und unseres freiheitlichen Staates geprägt. Unsere Erfahrung ist das Kapital, das wir in die Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft einbringen.

(10) Wir wollen unsere Gesellschaft erneuern. Wir wollen die Werte in unserer Gesellschaft stärken, die Familie als Kernzelle unseres Gemeinwesens unterstützen und die Verantwortungsbereitschaft des einzelnen und in der Gesellschaft fördern. Ausgehend vom christlichen Verständnis vom Menschen treten wir mit Entschlossenheit und Beharrlichkeit für eine Politik der Freiheit, der Solidarität und Gerechtigkeit ein.

(11) Wir Christliche Demokraten arbeiten für eine freie und verantwortliche Gesellschaft in ganz Deutschland. Sie beruht auf der Anerkennung der gleichen Würde und Freiheit jedes einzelnen. Sie ist getragen von Pflicht und Verantwortung, von der Bereitschaft zu Toleranz und Kompromiß, von Solidarität und Gemeinsinn. Wir sind davon überzeugt, daß es sich lohnt, gemeinsam für eine freie und verantwortliche Gesellschaft in einer humaneren und gerechteren Welt zu arbeiten.

*„Wir wissen, daß das ‚Paradies auf Erden' nicht geschaffen werden kann. Dennoch sind wir aufgerufen, unermüdlich daran mitzuarbeiten, daß die Welt von morgen eine gerechtere und menschlichere wird."*

## Deutschland an der Schwelle zum 21. Jahrhundert

### Kapitel I Wir Christliche Demokraten

#### 1 Wer wir sind

(12) Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist eine Volkspartei. Sie wendet sich an die Menschen in allen Schichten und allen Gruppen unseres Landes. Unsere Politik beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott.

(13) Das christliche Verständnis vom Menschen ist die verpflichtende Grundlage für unser politisches Handeln. Die Unantastbarkeit der menschlichen Würde zu wahren und dem Gebot der Nächstenliebe politisch gerecht zu werden, entspricht unserem Anspruch als christlich-demokratischer Volkspartei.

(14) Wir betrachten den Menschen als Geschöpf Gottes und nicht als das Maß aller Dinge. Wir wissen um die Fehlbarkeit des Menschen und die Grenzen politischen Handelns. Gleichwohl sind wir davon überzeugt, daß der Mensch zur ethisch verantwortlichen Gestaltung der Welt befähigt und berufen ist.

(15) Wir wissen, daß sich aus christlichem Glauben kein bestimm-

### Helmut Kohl: Diskutieren Sie mit

*Mit einem neuen, ersten gesamtdeutschen Grundsatzprogramm einer politischen Partei im wiedervereinten Deutschland will die Christlich Demokratische Union Antworten geben auf die neuen Fragen, die sich am Ausgang des 20. Jahrhunderts stellen. Dazu gehören vor allem die Herstellung der inneren Einheit unseres Vaterlandes, die Sicherung und Stärkung unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit und die Wahrnehmung unserer gewachsenen Verantwortung in der Welt. Wir befinden uns national und international in einer Umbruchzeit. Wir wollen die damit verbundenen Chancen nutzen und Perspektiven einer wertorientierten Politik aufzeigen.*

*Dabei können wir auf dem bewährten Fundament christlich-demokratischer Grundwerte und Überzeugungen aufbauen.*

*Von der Diskussion des Entwurfs verspreche ich mir insbesondere, daß die CDU ihren Standort und ihre Ziele als christlich-demokratische Volkspartei im Innern bekräftigt und nach außen verdeutlicht. Dabei wollen wir den Sachverstand und die Erfahrung der CDU in ihrer ganzen Vielfalt nutzen.*

*Zu dieser breiten Diskussion innerhalb unserer Partei, aber auch unserer Gesellschaft über die Weichenstellungen deutscher Politik lade ich Sie sehr herzlich ein.*

Den Diskussionsentwurf des neuen Grundsatzprogramms gibt es auch als Zeitungsdruck. Den Kreisverbänden, denen die Mindestbestellmenge von 1000 Exemplaren zu hoch war, können wir jetzt auch kleinere Mengen über das Versandzentrum in Versmold anbieten:

Bestell-Nr.: **2573**
Verpackungseinheit: 100 Exemplare
Preis je Einheit: 25 DM.

Weitere Bestellungen im Zusammenhang mit der Grundsatzprogrammdiskussion:

● Leitfaden zur Grundsatzprogrammdiskussion (Materialien 1)
Bestell-Nr.: **3570**
Verpackungseinheit: 10 Exemplare
Preis je Einheit: 13 DM.

● Materialien 2: Zahlen, Daten, Fakten, Prognosen
Bestell-Nr.: **3574**
Verpackungseinheit: 5 Exemplare
Preis je Verpackungseinheit: 29,50 DM

● Materialien 3 (Die CDU und das „C") zum Grundsatzprogrammentwurf werden in Kürze erscheinen.

● Rahmenflugblatt DIN A4
Bestell-Nr.: **1582**
Verpackungseinheit: 500 Exemplare
Preis je Einheit: 19 DM.

● Rahmenplakat DIN A1
Best.-Nr.: **8583**
Verpackungseinh.: 50 Expl.
Preis je Einheit: 29 DM.

Bestellungen an:

**IS-Versandzentrum**
**Postfach 1328**
**8404 Versmold**

Der Preis gilt zuzüglich MWSt. inklusive Versand.

**1993** soll zu einer intensiven Diskussion des Entwurfs eines neuen Grundsatzprogramms genutzt werden, an dem sich nicht nur Parteimitglieder, sondern auch möglichst alle gesellschaftlichen Gruppen beteiligen. Für die Diskussionen sind zwei Phasen geplant: Bis zum 15. September soll der Parteigrenzen überschreitende Dialog geführt werden und Anfang November der Antrag des Bundesvorstandes vorliegen, der dann auf dem 5. Parteitag der CDU vom 20. bis 24. Februar 1994 in Hamburg abschließend beraten und verabschiedet wird.

**Bestell-Nr.: 3569**
**Verpackungseinheit: 10 Stück**
**Preis pro Einheit: 19,50 DM**

## Ab sofort in unserem Versandzentrum in Versmold zu bestellen:

- Bestell-Nr.: **5586**
Verpackungseinheit: 50 Exemplare
Preis je Verpackungseinheit: 14,50 DM

Bestellungen an:

**IS-Versandzentrum**
**Postfach 1328, 4804 Versmold**
**Fax (05423) 41521**

**Die Preise verstehen sich zuzügl. MWSt. inkl. Versand.**

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Im Gespräch:
Ein neues
Grundsatzprogramm

Bestellen Sie den Entwurf des Grundsatzprogramms bei Ihrem CDU-Kreisverband oder bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1

Das Grundsatzprogramm der CDU beschreibt die Grundsätze und Ziele christlich demokratischer Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert.

Wir laden Sie ein:
Diskutieren Sie mit!
Ihre Meinung interessiert uns!

CDU

**Für die Einladung zur Diskussion gibt es auch eine Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle.**

UiD
13/1993

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 5300 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 5 44-4 21. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje, Bernd Profittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 38 050 000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.